

31. Oktober 2007

Postulat

von Martin Bürlimann (SVP) und Roger Bartholdi (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei Wahlen und Abstimmungen auf Datenerhebungen in der Stadt Zürich verzichtet werden kann. Die bisher in diesem Zusammenhang gesammelten Daten und Auswertungen sind zu löschen.

Begründung

Bei den National- und Ständeratswahlen vom 21. Oktober 2007 fand eine systematische Datenerhebung in der Stadt Zürich statt. Mit einem Strichcode auf den Stimmrechtsausweisen eruierte das statistische Amt die Daten der Stimmbevölkerung. Die Erhebung lässt Rückschlüsse auf Alter, Geschlecht und andere Merkmale zu. Sogar Auswertungen zum Einkommen und Aufenthaltsdauer der Wählenden sind gemacht worden. Die erfassten Codes wurden mit dem Personalregister der stimmberechtigten Bürger verglichen. Dies verstösst gegen den Grundsatz, dass die Stimmabgabe anonym ist. Die Datenerhebung ist so exakt, dass auf Kommastellen genau bekannt ist, welche Personengruppen, Altersschichten oder Einkommensschichten abgestimmt oder gewählt haben. Die allgemeine Datensammelwut ist bedenklich und führt zum gläsernen Bürger. Die einzig nötigen Auswertungen sind das Wahlergebnis und die Stimmbeteiligung. Eine Erfassung der einzelnen Stimmbürger, wenn auch anonym, ist einer Demokratie unwürdig. Es geht den Staat nichts an, ob ein Bürger wählt oder nicht. Besonders stossend ist die Tatsache, dass die Erfassung ohne Ankündigung erfolgte. Künftig ist auf Datenerhebungen zu verzichten.

Antrag auf Dringlichkeit

M. Rid